



brandheiß

ver.di – Fachvorstand *Feuerwehr* Landesbezirk Baden-Württemberg
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Stuttgart im Februar 2023

VIII. Feuerwehrpolitische Konferenz

Ansätze zur Funktionsbeschreibung und Stellenbewertung für den feuerwehrtechnischen Dienst

Mittwoch, den 8. März 2023, Landesfeuerweherschule Bruchsal

Beginn 10:00 Uhr

Nachdem die Pandemie Grenzen in der Durchführung von Veranstaltungen setzte, greifen wir die Tradition der feuerwehrpolitischen Konferenzen im Jahr 2023 wieder auf.

Das im Dezember 2022 verabschiedete BVAnpÄG sorgte in 4-Säulen für eine amtsangemessene Alimentation in Baden-Württemberg. Die Eingangssämer in den feuerwehrtechnischen Laufbahnen wurden im mittleren und gehobene Dienst aufgewertet. Das ist grundsätzlich begrüßenswert. Gleichzeitig bringen diese Stellenhebungen allerdings das Gefüge in den Feuerwehren unter Druck. Der Fachvorstand Feuerwehr hat seit 1968 immer wieder Funktionsbeschreibungen und Bewertungen für den feuerwehrtechnischen Dienst erarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst, zuletzt 2018.

Diese Konferenz beschäftigt sich angesichts der Eingangs beschriebenen Änderungen der Ämter mit der aktuellen Funktionsbeschreibung und deren Bewertung aus unterschiedlichen Blickwinkeln und zeigt Ansätze auf, wie diese Funktionsbeschreibung und Bewertung auf den Einsatzdienst angewendet werden können.

Der ver.di Landesfachgruppe Feuerwehr freut sich über eine rege Teilnahme und interessante Beiträge und Diskussionen. Die Veranstaltung richtet sich sowohl an Beschäftigte in den Feuerwehren als auch an Personalräte.

Anmeldungen sind über den nachfolgenden Link möglich. Dieser ist auch auf unserer Homepage zu finden. Die Teilnahme ist für ver.di-Mitglieder frei.

Anmeldung bis **spätestens 1. März 2023**

Die Anmeldung erfolgt online unter: <https://ogy.de/verdiFWKonferenz2023>



brandheiß

ver.di – Fachvorstand *Feuerwehr* Landesbezirk Baden-Württemberg
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Die Tarifverhandlungen der des TVÖD für Kommunal, sowie Beschäftigte des Bundes haben begonnen

Forderung u.a. 10,5 % mehr Geld

Die nun begonnene Tarifrunde betrifft zunächst die Tarifbeschäftigten der Kommunen und des Bundes, sowie die Bundesbeamten. Für Landes- und Kommunalbeamte ist die Tarifrunde der Länder relevant. Hintergrund ist, dass die Bundesländer vor einigen Jahren aus der damaligen Tarifgemeinschaft Bund-Länder-Kommunen ausgestiegen sind. Seitdem verhandelt die Tarifgemeinschaft der Länder mit ver.di die Arbeitsbedingungen und Entgelte für die Beschäftigten der Länder. Daran sind auch die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen gekoppelt. Die Tarifrunde, die sich direkt auf die Besoldung der Feuerwehrbeamt*innen in Baden-Württemberg auswirkt startet im Herbst 2023.

Dennoch ist die Tarifrunde in Kommunen und Bund relevant. Deren Ergebnis hat natürlich auch Strahlkraft auf die Verhandlungen im Länderbereich. Kommunalbeamtinnen und –beamte sind also gut beraten die Tarifbeschäftigten in der jetzigen Tarifrunde solidarisch zu unterstützen. Beamte dürfen zwar nicht streiken, aber sie dürfen auch nicht für Streikbrecher-Tätigkeiten eingesetzt werden. Wer seine Solidarität noch deutlicher zeigen will, der geht mit Dienstkleidung zur ver.di Streikkundgebung. Ganz ehrlich: die Tarif-Kolleginnen und Kollegen werden Euch feiern. Dies ist allerdings keine Arbeitszeit.

Aktuelle Infos zur Tarifrunde findet ihr auch unter:

<https://zusammen-geht-mehr.verdi.de>

... Nicht nur für die Kommunen wird über eine Tarifierhöhung verhandelt. Auch die Zivilbeschäftigten der Stationierungsstreitkräfte fordern höhere Gehälter, um der derzeitigen Inflation Herr zu werden. Die Arbeitgeber haben die Forderung von ver.di nach 9,5% mehr Lohn abgelehnt und kein abschlussfähiges Angebot vorgelegt!



Die ver.di Kollegen der Firefighters auf dem US-Flugfeld in Leinfelden-Echterdingen machten ihrem Unmut in einer aktiven Mittagspause deutlich.

Mitte Februar findet die dritte Verhandlungsrunde statt.



brandheiß

ver.di – Fachvorstand *Feuerwehr* Landesbezirk Baden-Württemberg
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Gewalt gegen Einsatzkräfte – ver.di Teilnahme am Sicherheitsgipfel des Landes Baden-Württemberg

Am 24.01.2023 fand der Sicherheitsgipfel des Landes Baden-Württemberg statt. Nach Diskussionen um die Silvesternacht und scharfer Kritik der Polizei lud Innenminister Thomas Strobl am 24. Januar Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Kommunen sowie die Gewerkschaften ein. Für ver.di nahm Gewerkschaftssekretär Markus Kling an dem Gipfel teil. Es war ein positiver konstruktiver Gedankenaustausch gewesen, der von allen Teilnehmenden getragen wurde. Es nahm auch Justizministerin Marion Gentges und Staatssekretär Wilfried Klenk teil.

Ein zentrales Thema war, wie kann nach Übergriffen, aber auch nach Beleidigungen, Pöbeleien oder Provokationen eine zügige konsequente Strafverfolgung erfolgen. Täterinnen und Täter müssen zeitnah verurteilt werden. Dies sah auch Justizministerin Gentges so. Sie verwies, dass Schnellverfahren eine hohe Akzeptanz hätten, auch bei Tätern. Diese sind oft geständiger, wenn die Tat zeitlich in unmittelbarer Nähe sei. Es wurde der Justizministerin auch mit auf den Weg gegeben, dass Verfahren, die von Betroffenen zur Anzeige gebracht werden auch zu einem Urteil führen müssen und nicht wegen „mangelndem öffentlichen Interesse“ von den Staatsanwaltschaften eingestellt werden. Dies frustrierte Betroffene noch viel mehr. Angriffe, auch verbale, auf Rettungsdienste und Polizei müssen immer im öffentlichen Interesse sein.

Deutlich wurde aber auch, dass Rettungsdienste und Feuerwehren keine zusätzliche Schutzausrüstungen oder Bodycams haben wollen. Deeskalationstrainings würden in vielen Verbänden angeboten und seien auch sinnvoll.

Es herrschte große Einigkeit in der Analyse, auch dass sich verbale Gewalt und Pöbeleien gegen Rettungskräfte durch alle gesellschaftliche Schichten zieht. Deshalb braucht es insgesamt eine gesellschaftliche Debatte. Für bestimmte Milieus, die auffällig in Sachen Respektlosigkeit gegenüber Rettungskräften seien, müssen auch Streetworker*innen und Sozialarbeiter*innen in den Kommunen zum Einsatz kommen. ver.di fordert den anwesenden Minister und die Ministerin auf, dafür im Landtag die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, um die Kommunen zu unterstützen.

ver.di ergänzte die sinnvollen Vorschläge aus den Verbänden konkret mit der Forderung nach Verbesserung der Funktionsfähigkeit des 116117-Rufes. Viele landen bei Anrufen des medizinischen Dienstes in Dauer-Warteschleifen und rufen dann entnervt auf der 112 an. Dies könnte besser organisiert werden.



brandheiß

ver.di – Fachvorstand *Feuerwehr* Landesbezirk Baden-Württemberg
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

**..... Gewalt gegen Einsatzkräfte – ver.di Teilnahme am
Sicherheitsgipfel des Landes Baden Württemberg**

Mit dem Bericht von den Geschehnissen in Kehl im Hinterkopf fordert ver.di auch, dass die Einsatznachsorge gerade für kleine Wehren verbessert werden könnte. Die LFS bietet hier schon einen Ansatz, der ausgebaut werden könnte. Entweder dass es Landes-Teams der Einsatznachsorge gibt, oder dass große Wehren unterstützen und entsprechend finanziell für diese Einsätze entschädigt werden.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kai Burrmeister, verwies in seinem Statement auf eine bessere Personalausstattung in den staatlichen Stellen. Lange Warte- und Bearbeitungszeiten bei Ämtern führten oft zu Frust gegenüber dem „dem Staat“ und damit gegenüber den Beschäftigten. Dies gilt an vielen Stellen der öffentlichen Verwaltung und auch Kitas. Deshalb müssen die Rechtsschutzmöglichkeiten für die Beschäftigten ausgebaut werden. Der § 80a im LBG, der die sog. Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen gegen Dritte regelt, ist schon eine guter Schritt in die richtige Richtung. ver.di und die DGB-Gewerkschaften hatten bei der Regelung gefordert, dass nicht erst der Vollstreckungstitel vom Dienstherrn übernommen werden soll, sondern bereits der dienstliche Rechtsschutz beim Geltend machen der Schmerzensgeldansprüche greifen muss. Dieser muss auch für Tarifbeschäftigte insbesondere auch bei den Kommunen zum tragen kommen.



brandheiß

ver.di – Fachvorstand *Feuerwehr* Landesbezirk Baden-Württemberg
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Networking – Vernetzung zwischen den Feuerwehren – Save the Date

Die in ver.di organisierten Feuerwehrlaute vernetzen sich innerhalb von ver.di im Landesfachgruppenvorstand Feuerwehr.

Dieses Gremium besteht aus je einem Vertreter aller Feuerwehren, die mindestens 3 ver.di-Mitglieder haben. Dabei ist die Größe der Feuerwehr und des Beschäftigungsverhältnisses nicht relevant. In unserem Gremium sind sowohl Feuerwehrbeamte, angestellte Feuerwehrkollegen im Einsatzdienst, sowie Gerätewarte willkommen.

Solltet ihr noch nicht dabei sein und Interesse an einer Mitarbeit haben, meldet Euch bei Markus Kling – im ver.di Landesbezirk markus.kling@verdi.de

Unsere Sitzungen finden im Jahr 2023 an folgenden Terminen statt:

18.04.2023, 10:00 – 16 Uhr in Stuttgart

17.7. – 18.7.23 Klausurtagung, Ort wird noch gesucht

16.11.2023, 10:00 – 16:00 Uhr in Stuttgart

Mit kollegialen Grüßen

Tjark Neinhardt

Vorsitzender des
Fachvorstand *Feuerwehr*

Wolfgang Heim

stellv. Vorsitzender des
Fachvorstand *Feuerwehr*

Markus Kling

Gewerkschaftssekretär
ver.di Landesbezirk

Alle Meldungen und Info des
Fachvorstand Feuerwehr in ver.di
findet ihr auch auf unserer
Homepage unter:

[https://feuerwehr-
bawue.verdi.de](https://feuerwehr-bawue.verdi.de)

oder mobil über den QR – Code

